

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.2.Zentralasien-THU/BUG Bern, den 10. Januar 1992
 p.B.58.2.Kasachstan, Turkmenistan,
 Tadschikistan, Kirgisien, Usbekistan

ZUR LAGE IN DEN ZENTRALASIATISCHEN REPUBLIKEN

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>
I. Produktionsfaktoren, Bevölkerungsexplosion, Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel	1
I.1. Produktionsfaktoren	1
I.2. Bevölkerungsexplosion, Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel	2
II. Umwelt	5
III. Unruhen durch soziale Unzufriedenheit	8
III.1. Voraussetzungen	8
III.2. Zusammenstösse	10
IV. Politische Verhältnisse	12
IV.I. Die "neuen Demokraten"	12
IV.II. Angst vor dem islamischen Fundamentalismus	14

Zusammenfassung

1. Die wirtschaftliche und soziale Situation in Zentralasien entspricht in vielen Bereichen jener der **Dritten Welt**. Reich an Rohstoffen aber ohne Verarbeitungsindustrie, starker Bevölkerungszuwachs (bis zu 35% in den letzten 10 Jahren), hohe Arbeitslosigkeit (10-20%) und akuter Wohnungsmangel prägen das Bild.
2. Zu den grössten Problemen in allen Republiken zählt die rücksichtslose **Umweltzerstörung** der letzten 70 Jahre. Das Grundwasser ist in den meisten Regionen durch den hemmungslosen Einsatz von Herbiziden und Pestiziden verseucht. Der Aral-See, dem infolge eines fehl konzipierten Bewässerungsprogramms nur noch ein kleiner Teil der ursprünglichen Flusswassermenge zugeleitet wird, ist im Begriff auszusterben. Die Bevölkerung ist durch die Klimaänderung und den starken Rückgang an Fischereierträgen stark betroffen. Rund 40% aller politischen Bewegungen in Zentralasien sind Umweltschutzgruppen.
3. Die in den vergangenen Jahren vor allem in Kasachstan, Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan aufgetretenen Unruhen sind überwiegend auf die **soziale Unzufriedenheit** zurückzuführen. Gerüchte, wonach fremde Flüchtlinge (Armenier, Aseris oder Mes'cheten) in der Region untergebracht würden, führten sofort zu "Wohnungsmangel-Aufständen" (Duschanbe Februar 90, Osch Juni 90). Die künstliche Grenzziehung in Zentralasien sowie alte historische Konflikte einzelner Völker und Sippen führten zu weiteren Scharmützel und Gewalttätigkeiten.
4. Die politische Führung in den drei Republiken, Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan, wird nach wie vor von **Alt-Kommunisten** gestellt. **Kasachstan und Kirgisien gehören zu den reformorientierteren Republiken**, während Tadschikistan schon aus historischen und sprachlichen Gründen einen Spezialfall darstellt. Eine eigentliche Aussenpolitik der fünf Republiken

existiert noch nicht. Ihre Aktivitäten in diesem Bereich beschränken sich hauptsächlich auf die Suche nach aussenwirtschaftlichen Kontakten und ausländischen Krediten. Tadschikistan orientiert sich dabei eher in Richtung Iran, während die restlichen vier Republiken den wachsenden Einfluss der Türkei zu spüren beginnen.

5. Die Lockerung der Religionspolitik Moskaus gegenüber den Republiken hat auch in Zentralasien zu einer Wiederbelebung des Islams geführt. Die Wiedereröffnung zahlreicher Moscheen und die Renaissance eines an sich nie verlorenen Gedankenguts ist kaum zu übersehen. Trotzdem halten wir die "Gefahr" eines fundamentalistisch orientierten islamischen Blocks aller zentralasiatischer Staaten bis anhin für klein.

ZUR LAGE IN DEN ZENTRALASIATISCHEN REPUBLIKEN

I. Produktionsfaktoren, Bevölkerungsexplosion, Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel

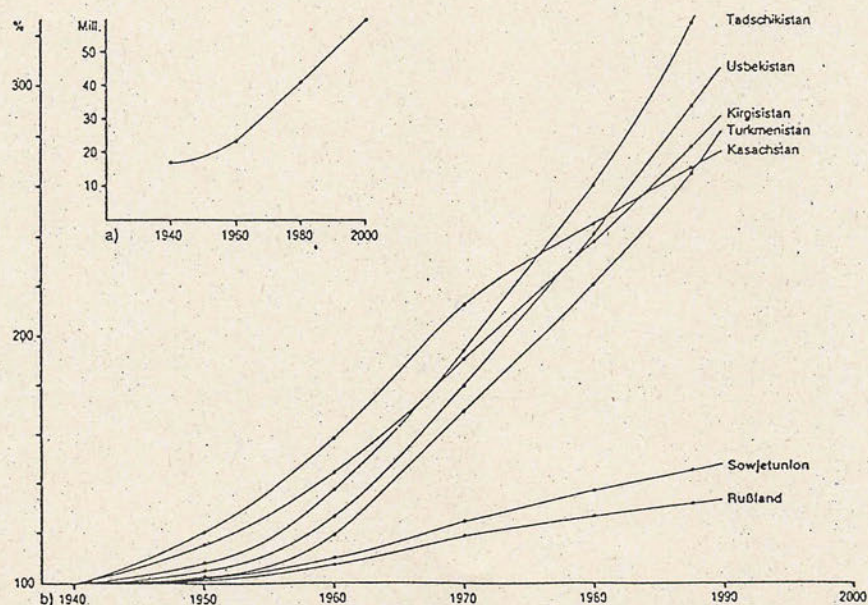
I.1. Produktionsfaktoren

Zentralasien ist reich an Bodenschätzen wie Erdöl, Erdgas, Gold, Silber, Mangan, Chrom, Vanadium, Zinn, Blei, Zink, Kohle, Uran, Radium u.a.m. In den Tälern entlang den Flüssen, vor allem des Amu Darja und Syr Darja, bestehen optimale Bedingungen für den Anbau von Baumwolle und Seide sowie für die Land- und Obstwirtschaft. Für Seide und Baumwolle allein wird in Zentralasien eine Fläche von 8-10 Mio. ha künstlich bewässert, was rund 80% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche entspricht. In einzelnen Republiken ist dieses Verhältnis sogar noch krasser. In Tadschikistan werden beispielsweise von den 17% der Fläche der Republik, die sich für die landwirtschaftliche Nutzung eignet, 90% für den Anbau von Baumwolle verwendet. Usbekistan, der grösste Baumwoll-Lieferant der ehemaligen Sowjetunion, produzierte bis vor wenigen Jahren praktisch nur Baumwolle, und in Turkmenistan wurden gewaltige Bewässerungsanlagen gebaut, um noch mehr Baumwollmonokulturen anzulegen. Die Seide und Baumwolle wurde aber bisher nicht in den Republiken Zentralasiens weiterverarbeitet, sondern zu von der Union festgelegten Preisen an die Union exportiert. Aehnlich ist es mit dem Gas, von dem allein Turkmenistan rund 12% der Ex-Unionsproduktion bereitstellte (nur etwa 8% der turkmenischen Bevölkerung wird mit Gas versorgt); während auch Erdöl, Gold, Mangan und Chrom wurden erst in z.T. weit entfernten Industrieanlagen der Sowjetunion weiterverar-

beitet. Es war deshalb nicht erstaunlich, dass die Vertreter aller zentralasiatischen Republiken in dieser Hinsicht mehr von wirtschaftlicher Ausbeutung als von wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der Sowjetunion sprachen, umso mehr als die von Moskau festgesetzten Rohstoffpreise bedeutend unter jenen des Weltmarkts lagen, während die aus den Rohstoffen fabrizierten Konsumgüter dann zu übersetzten Preisen von der Union zurück in die Republik importiert werden mussten. Dementsprechend tief ist das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt in Zentralasien. Es liegt mit ungefähr 800 US\$ deutlich tiefer als der Unionsdurchschnitt von 5'000 US\$ (im Vergleich: Bruttosozialprodukt pro Kopf in der Schweiz liegt bei ungefähr 27'500 US\$). 90% aller Konsumgüter werden importiert. Eine Industrie im Bereich Textilien, Mechanik oder Herstellung von Gütern, die im Alltag notwendig oder nützlich wären, existiert praktisch nicht. Hingegen spielen die Aluminiumfabriken in Kirgisien und die chemische Industrie in Kasachstan durch ihre starke Umweltbelastung eine vielleicht weniger wirtschaftliche aber politisch umso bedeutendere Rolle.

I.2. Bevölkerungsexplosion, Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel

In Zentralasien leben ungefähr 48-50 Mio. Menschen verschiedenster Völker. Untenstehende Graphik veranschaulicht den Bevölkerungszuwachs der letzten 10 Jahre (im Durchschnitt ca. 35,5%; entsprechendes Wachstum in der RSFSR: 5,6%).



Zahlenmäßige Entwicklung der Bevölkerung Mittelasiens: a) absolut, b) relativ (1940 $\hat{=}$ 100%) im Vergleich mit Rußland und der Sowjetunion

Diese Bevölkerungsexplosion schafft oder verschärft verschiedene ernste Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel, schlechte medizinische Versorgung usw. Alle fünf Republiken haben eine **Arbeitslosigkeit von 10-20%**. In Tadschikistan sind gemäss Aussagen der tadschikischen Vertretung in Moskau 25% der unter 25-Jährigen ohne Arbeit. Aehnliche Angaben gelten auch für Usbekistan, Kasachstan und Turkmenistan. In Kirgisien gibt es nach offiziellen Angaben zwar "nur" etwa 100'000-200'000 Arbeitslose (auf eine Bevölkerung von 4,4 Mio.), doch spricht die Mehrheit der kirgisischen Oppositionsbewegungen von wesentlich grösseren Zahlen. Der grosse Bevölkerungszuwachs und die einseitig auf Export von Rohstoffen ausgerichtete Wirtschaft haben auch zur Folge, dass die Wohnverhältnisse, die Situation in den Spitälern und die Zustände im Schulwesen fast überall unzumutbar geworden sind.

Oft werden von offizieller Seite erst nach Unruhen und Ausschreitungen Anstalten zur Verbesserung der Lage im Wohnungsbau gemacht. Nach den ersten grösseren Unruhen von Alma-Ata (Dezember 1986) setzte der damalige KP-Vorsitzende G. Kol'bin ein Sonderkomitee für den Wohnungsbau ein, dass den Journalisten, die Ende 1987 erstmals wieder in die Stadt reisen durften, mit Stolz 110 neue Wohnungen präsentierte. Im Februar 1990 ereigneten sich in Duschanbe weitere Unruhen mit mehreren 100 Toten. Schon zwei Tage nach der blutigen Niederschlagung der Demonstration stellte der ZK-Sekretär Sodin Sabdolov an einer Pressekonferenz ein Sofortprogramm für den Bau zusätzlicher Wohnungen vor, dem 20 Mio. Rubel bereitgestellt wurden, und nachdem in der kirgisischen Hauptstadt Frunze Mitte Juni 90 zahlreiche Demonstrationen gegen Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel stattfanden, gaben die Behörden einen von den Demonstranten besetzten Platz zum Bau von Häusern frei.

Trotzdem hat sich die Lage nach Meinung vieler Beobachter in der sogenannten Perestroika nicht gebessert, und gemäss einer Umfrage der Zeitung "Pravda Vostoka" sehen 72% der zentralasiatischen

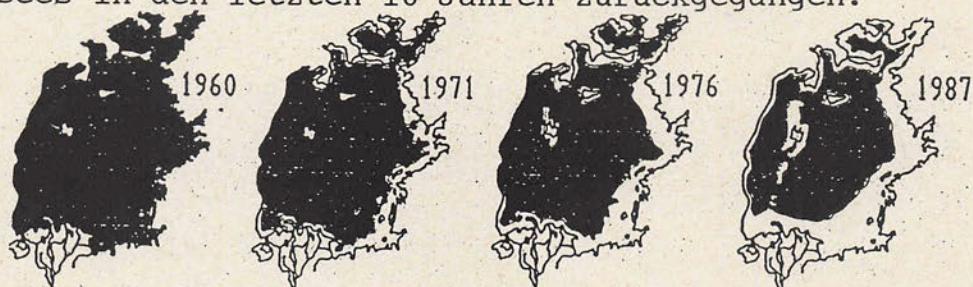
Bevölkerung darin eine der Hauptursachen für die soziale Unzufriedenheit und die politische explosive Lage in der Region. Natürlich seien - so der ständige Vertreter des usbekischen Ministerrates im Ministerrat der Union gegenüber einem meiner Mitarbeiter - auch die Platzverhältnisse in Schulen und Spitälern ein Problem, mehr noch als im Rest der Sowjetunion. Das führe ebenfalls zu schlechter Schulausbildung, zu billigen Arbeitskräften und zu Arbeitslosen. Der Durchschnittslohn eines Usbeken betrug nach Angaben des Staatskomitees für Statistik Ende 1990 rund 180 Rubel, was mit Sicherheit nicht der Wahrheit entsprach. Selbst gemäss einer Umfrage der im selben Zusammenhang schon oben erwähnten offiziellen Parteizeitung "Pravda Vostoka" verdienten 1990 37% der usbekischen Bevölkerung weniger als 75 Rubel, also unter der offiziellen Armutsgrenze. Von diesen rund 7,5 Mio. Usbeken sollen 3 Mio. gar ein Einkommen unter 50 Rubel haben, was gemäss heutigem Kurs etwa 0.50 Schweizer Franken entspricht.

Die im Westen weit verbreitete Meinung, wonach die zentralasiatischen Republiken während der letzten Monate deshalb einen eher moderaten Standpunkt eingenommen hätten, weil sie von Moskau durch Subventionen kräftig unterstützt worden seien, ist falsch. Bereits im Frühjahr 1990 rechnete ein Abgeordneter Turkmenistans den Zuhörern im Volksdeputierten-Kongress vor, dass trotz der angeblich grosszügigen finanziellen Unterstützung der Union gegenüber der Republik, Moskau in seiner Handelsbilanz mit Turkmenistan immer noch deutlich positiv abschneidet. Im Dezember 1989 stellte der damalige Chef der KP Kasachstans, N. Nazarbaev, in einem Interview mit der Zeitschrift "Ogonëk" fest, dass weniger als 10% der Gewinne, die die Union aus dem Export ihrer Rohstoffe herausholt, wieder in die Wirtschaft der Republik investiert werden. Es ist deshalb kaum erstaunlich, dass alle zentralasiatischen Republiken in ihren im Laufe des Sommers 90 ausgesprochenen Souveränitätserklärungen betont hatten, dass es sich dabei vor allem um die Hoheit über die eigenen Rohstoffe handle.

II. Umwelt

Dieser Bereich fällt in der Betrachtung der Verhältnisse in Zentralasien umso schwerer ins Gewicht, wenn man in Betracht zieht, dass rund 40% aller Oppositionsbewegungen in der Region hauptsächlich gegen die weitere Umweltzerstörung kämpft. Das hat verschiedene Ursachen.

1. Seit der Fertigstellung des Kara-Kum-Kanals, einem Bewässerungskanal für Baumwollplantagen in Turkmenistan, der durch den Amu Darja gespeisen wird, ist der **Wasserspiegel des Aral-Sees ständig gesunken und liegt jetzt ungefähr 13 m unter dem Niveau von 1990.** Der Wasserzufluss in den See beträgt noch 3 km³/Jahr (1950: 60 km³), so dass der See nach Meinung von UNEP-Wissenschaftlern im Jahre **2010 ausgetrocknet** sein dürfte. Der jetzt schon freigelegte und stark salzhaltige Seeboden bringt für eben jene Gebiete die mit dem Kara-Kum-Kanal bewässert werden sollten, grosse Probleme, denn die Nordwinde bringen das Salz in die Baumwollanbauggebiete. 44% der Anbauggebiete sind versalzen, und die Ernteerträge sind seit einigen Jahren im Rückgang begriffen. Schwerwiegender noch wirkt sich das langsame Zurückgehen des Sees aber auf das regionale Klima aus, das zu den extremsten der ehemaligen UdSSR gezählt werden kann. Trockenperioden halten bereits heute messbar länger an. Seit Februar 90 untersuchen auf Initiative der UNEP Spezialisten die ökologischen Probleme rund um den Aral-See. Doch schon seit einiger Zeit ist es den kasachischen Fischern, die seit Generationen von der Fischerei im Aral-See gelebt haben, praktisch unmöglich, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Um mehr als 40% ist der Fischbestand durch die Versalzung des Restsees in den letzten 10 Jahren zurückgegangen.



YEAR	AVG. LEVEL (m)	AVG. AREA (km ²)	AVG. VOLUME (km ³)	AVG. SALINITY (g/l)
1960	53.41	68,000	1090	10
1971	51.05	60,200	925	n/a
1976	48.28	55,700	763	14
1987	40.50	41,000	374	27
2000	33.00	23,400	162	50

2. Ein weiteres Problem bildet das sowjetische Atombomben-Testgelände unweit von Semipalatinsk, an der nordöstlichen Grenze Kasachstans zu Russland. Erst seit einigen Jahren ist bekannt, wie sehr die Bevölkerung durch die jahrelang überirdisch durchgeführten Tests betroffen wurde. In der 120 km vom Testgelände entfernten Stadt werden heute dreimal mehr Krebsfälle als im gesamtsovietischen Durchschnitt behandelt. Missbildungen, Fehlgeburten, Leukämie und die vor allem durch den Kernreaktor-Unfall von Cernobyl' bekanntgewordene Immunschwächekrankheit "Cernobyl'-Aids" sind sehr häufig. Die Lebenserwartung liegt rund 7 Jahre unter dem sowjetischen Durchschnitt von 69 Jahren. Jahrelang wurde der Bevölkerung die Gefährlichkeit radioaktiver Strahlung verschwiegen, obwohl im Umkreis des Testgeländes zahlreiche Dörfer liegen. Deren Einwohner begannen erst mit dem rapiden Anstieg von Krebsfällen und Missbildungen zu protestieren. Trotzdem werden noch heute 70% des Testgeländes landwirtschaftlich genutzt, da die Dorfbewohner gar nicht wussten, wo sie sonst ihre Schafe weiden lassen sollten.

Besonders gross war die Empörung, als bekannt wurde, dass die Bevölkerung der umliegenden Dörfer 1953 einem überirdischen Test ausgesetzt wurde, um mehr über die Schäden an Mensch und Tier zu erfahren. Die 1988 gegründete Semipalatinsk-Bewegung (in der Zwischenzeit Semipalatinsk-Nevada-Bewegung) unter dem Vorsitz des kasachischen Schriftstellers S. Sulemejnov, ist zu einer der mächtigsten Oppositionsgruppen in ganz Zentralasien geworden. Sie verlangt ein endgültiges nukleares Testverbot, die bestmögliche medizinische Betreuung der Opfer und eine finanzielle Entschädigung aller Betroffenen. Zusätzlich engagiert sich die Bewegung in anderen Bereichen des Umweltschutzes.

3. Das grösste Umweltproblem Zentralasiens ist allerdings der Missbrauch von Herbiziden und Pestiziden. In Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan ist das Trinkwasser durch das

übermässige Versprühen von chemischen Stoffen über den Baumwollfeldern weitgehend verseucht. Dazu wurde bis anhin ein relativ kleines Sortiment chemischer Stoffe benutzt, gegen das die Schädlinge in der Zwischenzeit resistent geworden sind, so dass trotz ständig grösseren Einsatzmengen die Ernteerträge durch die Schädlinge zurückgehen.

Von der Verseuchung des Trinkwassers stark betroffen sind die Kleinkinder. Die Mütter nehmen sie mit auf die Felder, wo in den Bewässerungsgräben die Konzentration der versprühten Gifte besonders gross ist. Die Kindersterblichkeit in der ehemaligen Sowjetunion ist in Zentralasien am grössten. Nach offiziellen Angaben beträgt sie z.B. in Turkmenistan 53/1'000 Kinder im ersten Lebensjahr, doch behaupten mehrere Oppositionsbewegungen, dass im ersten Lebensjahr mindestens 120 von 1'000 Kindern sterben (zum Vergleich: in der Schweiz beträgt die Kindersterblichkeit 7/1'000). Tatsächlich ist die Verschmutzung des Trinkwassers derart gross, dass gefährliche Mengen von giftigen Stoffen bereits in der Muttermilch an den Säugling weitergegeben werden*. Störungen des Verdauungs- und Immunsystems sowie starke Reizungen der Schleimhäute und Nierenschäden werden in Zentralasien bei Kleinkindern besonders häufig festgestellt. Ein sinnvollerer Einsatz von spezifischen Mitteln oder der vorläufige Verzicht auf die chemische Behandlung der Baumwollpflanzen wäre deshalb dringend notwendig.

Wie auch anderswo werden die Kolchose-Arbeiterinnen nicht über die Wirkung der chemischen Stoffe informiert. Die entstandenen Umweltschutzbewegungen, die auf die Gefährlichkeit der Mittel hinweisen und Betreuungsdienste organisiert haben, damit die

* Nancy Lubin schreibt in "Uzbekistan: The Challenges Ahead" (Middle East Journal, Vol. 43, no 4, Autumn 1989) von 400 kg Dünger und von durchschnittlich 22,5 kg Pestiziden, die pro Hektare Baumwollkultur eingesetzt werden (sowjetischer Durchschnitt: 1 kg/ha).

Mütter nicht mehr gezwungen sind, ihre Kinder zur Feldarbeit mitzunehmen, erhalten deshalb immer grösseren Zulauf. Weite Teile der Bevölkerung sind aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen sehr misstrauisch geworden. Die Aggressivität, die beim Zusammenstoss mit Sicherheitskräften während einer spontanen Demonstration im Februar 1990 in Taschkent zum Vorschein kam, nachdem man in der Nähe ein offenes Lager radioaktiver Abfälle aus Moskau entdeckt hatte, wird vor diesem Hintergrund verständlich.

III. Unruhen durch soziale Unzufriedenheit

III.1. Voraussetzungen

Zentralasien ist ein heterogenes Völkergemisch. In allen Republiken leben Usbeken, Kirgisen, Turkmenen, Kasachen und Russen. Der Anteil der russischen Bevölkerung schwankt trotz der in den letzten Jahren starken Abwanderung immer noch zwischen 10 und knapp 40%. Die Russen bilden mit rund 19% damit mit den zweitgrössten Bevölkerungsanteil Zentralasiens. Vor allem in Kasachstan gibt es dazu noch weitere relativ grosse Minderheiten von Deutschen, Ukrainern, Weissrussen und Juden. Tataren findet man in allen fünf Republiken, Koreaner, Mes'cheten, Uiguren, Aserbaidshaner, Baschkiren, Tschuwaschen und Dagestaner hauptsächlich in den südlicheren Republiken Usbekistan und Tadschikistan. Daneben gibt es eine ganz Reihe weitere Minderheiten, die entweder durch historische Entwicklungen wie Völkerwanderungen, durch Deportationen in den 30-er und 40-er Jahren oder durch eine gezielte Ansiedlungspolitik Moskaus zusammengeführt wurden. Die Republiks- und Staatsgrenzen sind für viele dieser Völker künstlich und aufgezwungen. Zudem lebt heute eine nicht vernachlässigbare Anzahl Turkmenen im Iran, während in Chinas nordwestlichster Provinz Xinjiang Kirgisen, Kasachen, Tadschiken und Uiguren stark vertreten sind.

Zwischen Usbeken und Tadschiken schwelt ein immer wieder ausbrechender Konflikt über die Republiksgrenzen. Seit Jahrzehnten beansprucht Tadschikistan das Gebiet rund um die historischen Städte Samarkand und Bucharä, das aufgrund einer - wahrscheinlich stark verfälschten - Volksabstimmung 1924 den Usbeken zugesprochen wurde. Inzwischen geht dieser Streit soweit, dass über die Herkunft des im 10. Jahrhundert geborenen Mediziners, Staatsmannes und Philosophen Ibn Sina (980-1037) heftige Diskussionen stattfinden.

Zusammenstösse an der kirgisischen-usbekischen Grenze gehen z.T. auf vorrevolutionäre Land- und Wasserrechte usbekischer Bauern im heutigen Kirgisien zurück, und die Führung Kasachstans hat sich regelmässig mit jenen russisch-nationalistischen Bewegungen an der Nordgrenze zu befassen, deren Ziel - der Wiederanschluss grosser Teile Kasachstans an Russland - unter den knapp 40% Russen in Kasachstan immer mehr Anhänger findet.

Die Elemente dieses Völkergemischs sind in ihrer Kultur, Sprache, Religion etc. meist zu verschieden, als dass eine homogene Durchmischung spürbar geworden ist oder zu erwarten wäre.* Mischehen sind in Zentralasien auch im Vergleich mit anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion verhältnismässig selten. Statt einer Durchmischung hat sich in den letzten Jahren eher eine Separation oder gar eine Abwanderung grosser Teile einzelner Völker abgezeichnet. Die erleichterten Ausreisebestimmungen für Juden und die Möglichkeiten, die sich den während des 2. Weltkriegs nach Kasachstan verschleppten Wolga-Deutschen heute bieten, nach Deutschland zurückzukehren, führten ab 1990 zu einem wahren Exodus. Auch den überwiegend in den Städten lebenden Russen wurde die Lage in den letzten Jahren zu unangenehm, was vor allem nach der Einführung der Sprachengesetze - zwischen 1987 und Oktober 1989 haben alle zentralasiatische Republiken die

*

So ist die mit dem Persischen verwandte tadschikische Sprache trotz jahrhundertelanger usbekischer Besetzung (Usbekisch ist eine mit dem Türkischen verwandte Sprache) bis heute erhalten geblieben.

Sprache der Titularnation zur offiziellen Amtssprache erklärt - eine verstärkte Abwanderung zur Folge hatte. Da diese "Ausländer" oft führende Stellungen in der Industrie und an den Universitäten besetzten, bringt die Abwanderung grosse Schwierigkeiten für jene Unternehmen, die auf ausgebildetes Fachpersonal, Ingenieure usw. angewiesen sind. Meistens werden die leeren Stellen mit nicht ausgebildetem Personal besetzt, was in einigen Fällen zu schweren Unfällen oder zu grossen Umweltbelastungen geführt hat.

III.2. Zusammenstösse

Unruhen traten seit 1986 in zunehmender Häufigkeit in allen zentralasiatischen Republiken auf. Der bereits erwähnten Demonstration vom Dezember 1986 in Alma-Ata folgten vor allem 1989/90 eine Reihe heftigster Unruhen in Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisien. In allen Fällen sprach das offizielle Moskau dabei von kriminellen Demonstranten, die entweder unter Drogen oder Alkoholeinfluss standen und die die an sich friedliche Bevölkerung gegen die noch friedlichere kommunistische Führung aufhetzten. Auf die sozial angespannte Lage wurde in den wenigsten Fälle Bezug genommen.

Eine Ausnahme bildeten in dieser Beziehung die heftigen Unruhen von Februar 1990 in Duschanbe. Nachdem bereits Ende Januar eine Protestversammlung stattgefunden hatte, um gegen Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel zu demonstrieren, kam es Mitte Februar zu einer spontanen Gewalteskalation, als den Gerüchten, wonach mehrere hundert armenische Flüchtlinge bis auf weiteres in Duschanbe untergebracht werden sollten, von offizieller Seite nur teilweise widersprochen wurde. Immerhin wurde nach der Niederschlagung der Demonstrationen dem Protest der Bevölkerung ein gewisses Verständnis entgegengebracht.

Es war nicht das erste Mal, dass in der Region wegen Wohnproblemen Unruhen entstanden. Bereits acht Monate zuvor, im Juni 1989, kam es in Osch zu Zusammenstössen, als bekannt wurde,

dass Mes'cheten dort angesiedelt werden sollten. die Mes'cheten sind ein während des letzten Weltkriegs nach Zentralasien verschlepptes Völkergemisch, das ursprünglich im Nordkaukasus lebte und seit der Deportation immer wieder unter der Diskriminierung der Einheimischen zu leiden hatte. Im Fergana-Tal in Usbekistan brach der schwelende Konflikt vor dem Hintergrund der angespannten sozialen und wirtschaftlichen Lage (in der Region um Osch beträgt die Arbeitslosigkeit weit über 20%) im Juni 1989 aus. Ohne von Sicherheitskräften daran gehindert worden zu sein, wurden Häuser angezündet und einzelne Familien umgebracht. Die Meldungen über den Vorfall und die Flucht der Mes'cheten aus Usbekistan und Kirgisien führten in anderen Republiken zu Gerüchten, wonach die Flüchtlinge dort untergebracht werden sollten. So pflanzten sich Unruhen fort und lösten an anderen Orten weitere Konflikte aus.

Ziemlich genau ein Jahr später, am 4./5. Juni 1990 kam es in derselben Region zu Auseinandersetzungen zwischen Usbeken und Kirgisien. Der Anlass war ein Streit um Wassernutzungs- und Landbewirtschaftungsrechte, die seit der umstrittenen Grenzziehung im Fergana-Tal besteht. Es kam zu mindestens 630 Toten, und obwohl die Führung Kirgisiens am 7. Juni die Grenze zu Usbekistan schliessen liess und eine Ausgangssperre über die Grenzstadt Osch verhängte, kam es zu weiteren Zusammenstößen, die in der Folge auch in Frunze, der Hauptstadt Kirgisiens, zu Demonstrationen führten (zuerst gegen die angeblich einseitige Berichterstattung des Fernsehens, dann für mehr Demokratie, mehr Wohnungen, mehr Lebensmittel und für den Rücktritt der politischen Führung).

Zusammenstösse gibt es auch immer wieder im Streit um ein Gebiet an der nordöstlichen Grenze Kasachstans zu Russland, das vor allem von Russen bewohnt und reich an Oel sowie anderen Bodenschätzen ist. Die ständigen Scharmützel zwischen Vertretern der ziemlich reaktionären Gruppe "Organisation für die Autonomie Ostkasachstans" mit kasachischen Nationalisten sind innerhalb des

letzten Jahres immer häufiger und blutiger geworden. Immerhin dürfte die Frage nach der Zugehörigkeit dieses Gebiets nach der Unterzeichnung des Alma-Ata-Abkommens wenigstens vorübergehend geklärt sein, was weitere Zwischenfälle aber keineswegs ausschliesst.

Alles in allem kann davon ausgegangen werden, dass bis anhin die überwiegende Mehrheit aller Unruhen letztlich auf die soziale Unzufriedenheit der Bevölkerung zurückzuführen ist. Im Gegensatz zum Baltikum, wo es um die Wiedererlangung der Unabhängigkeit ging, handelte sich in den zentralasiatischen Republiken vor allem um Forderungen nach Wohnungen, Arbeitsplätzen und nach einer lebenswerten Umwelt.

IV. Politische Verhältnisse

IV.1. Die "neuen Demokraten"

Eine der seltsamsten Blüten des Putsch-Journalismus vom August letzten Jahres bestand in der Erklärung westlicher Korrespondenten, weshalb die Gruppe der Putschisten sich ausgerechnet nach Kirgisien abzusetzen versuchte. Obwohl die Ansicht, dass es sich bei den zentralasiatischen Republiken um konservative und unionstreue Teile des Imperiums handle, von den meisten Medien hemmungslos übernommen wurde, entsprach sie gerade im Falle Kirgisiens nicht der Wahrheit. Tatsächlich reagierte der im Dezember 90 zum Präsidenten Kirgisiens gewählte A. Akaev zusammen mit El'cin am eindeutigsten, was die neue Operettenregierung betraf. Selbst der heute im Westen als fortschrittlicher Demokrat gerühmte N. Nazarbaev zögerte mehr als der von einem Teil der in Kirgisien stationierten sowjetischen Truppen bedrohte Präsident Akaev. Trotzdem kann bei Betrachtung der politischen Verhältnisse in allen fünf Republiken eine Teilung gemacht werden zwischen den reformwilligen Führungen Kasachstans und Kirgisiens einerseits und den reformunwilligen Regierungen Turkmenistans, Usbekistans und - wenn auch in einer schwächeren Form - Tadschikistans.

Noch im September 1989 antwortete der turkmenische Präsident S.A. Nijasov, Mitglied der Kommunistischen Partei seit 1962, auf die Frage westlicher Journalisten, wieviele Oppositionsparteien in Turkmenistan existierten, mit dem kaltschnäuzigen Kommentar: "Eine Oppositionspartei ist in Turkmenistan nicht notwendig". Das Drucken von politischen Schriften oder Flugblättern blieb denn auch bis kurz vor dem Putsch verboten. In Usbekistan und Tadschikistan wurde trotz der von Gorbacëv eingeleiteten "Anti-Korruptionspolitik", d.h. der Auswechslung einer ganzen Reihe von in schlimmste Korruptionsaffären verwickelte Politiker, eine Loslösung von der Clan- und "Vettern"-Wirtschaft nie erreicht. I.A. Karimov, der Präsident Usbekistans und seit 1964 treues Mitglied der Kommunistischen Partei, gehört noch heute zu den "alten Konservativen", die nach dem Putsch die Unabhängigkeit ihres Staates vor allem aus machtpolitischen Gründen ausgerufen hatten.

Umso beachtlicher sind unter diesen Umständen die politischen Erfolge der usbekischen Opposition (Beilage 2 gibt einen Ueberblick über die grössten politischen Bewegungen in Zentralasien). Mit Hungerstreiks und Demonstrationen hat sie sich in den letzten Jahren in fast allen entscheidenden Fragen durchsetzen können. Während in Turkmenistan jede Opposition behindert oder unterdrückt wird*, kennt man in Tadschikistan und v.a. in Usbekistan wenigstens teilweise eine öffentliche Diskussion der Misstände.

Die fünf Republiken können vor diesem Hintergrund durchaus in drei Gruppen (2+2+1) eingeteilt werden. Die "1" würde sich dabei auf den Spezialfall "Tadschikistan" beziehen (das im übrigen

* Der eigentliche Grund für das Fehlen einer starken Opposition hängt mit der "Nichtexistenz" einer breiten turkmenischen Intelligenz zusammen. Dazu kommt, dass sich die Bevölkerung Turkmenistans noch heute zuerst einmal zu einem der früheren Nomadenvölker zugehörig fühlt und sich erst in zweiter Priorität mit dem an sich künstlichen Begriff "Turkmen" indentifiziert. Stammesfehden treten regelmässig auf und überwiegen in ihrer Anzahl deutlich den anti-russischen Bewegungen.

schon aus historischen Gründen eine aussergewöhnliche Rolle spielt. Tadschikisch ist mit dem Persischen - Usbekisch, Kirgisisch, Turkmenisch und Kasachisch mit dem Türkischen verwandt). Ein Spiegel dieser Einteilung ist auch die interne und externe wirtschaftliche Zusammenarbeit. Kirgisien knüpft vorzugsweise mit Kasachstan und Turkmenistan eher mit Usbekistan bilaterale Wirtschaftsabkommen. Tadschikistan sucht und erhält wirtschaftliche Unterstützung aus dem Iran, während die Türkei (vor allem unter Oezal) derart aktiv in den zentralasiatischen Raum exploriert, dass es allen Beobachtern dabei seltsam zumute ist. Ob dieser selbst in der Türkei umstrittene Kurs in Richtung "Pantürkismus" aufrechterhalten wird, bleibt abzuwarten.

IV.2. Angst vor dem islamischen Fundamentalismus

Bei der Betrachtung der Verhältnisse stellt sich die Frage, wie gross der "Einfluss des Islam" auf die politische Entwicklung der Region ist und sein wird. Diese Frage ist auch im Zusammenhang der Reaktionen der islamischen Welt auf die Ereignisse des Golfkriegs aufgetaucht, vor allem nachdem Gorbacëv seine Truppen in der Region kurz nach Kriegsbeginn in erhöhte Alarmbereitschaft gesetzt hatte. Zwei Bemerkungen scheinen dem Unterzeichneten dabei wichtig:

1. Es ist nicht ganz klar, was man in der GUS unter dem Begriff "Muslim" verstehen soll. Grosse Teile der sogenannten muslimischen Bevölkerung der ehemaligen Sowjetunion wissen, wenn überhaupt, nur sehr wenig über den Inhalt der islamischen Glaubenslehre. Nur relativ wenige sind fähig, den Koran zu lesen - den meisten fehlen dazu die Arabischkenntnisse. Uebersetzungen sind vor zwei Jahren in Kasachstan und Usbekistan gedruckt worden, doch sind die Auflagen gemessen an der Nachfrage sehr beschränkt. Es gibt daher viele, die sich zwar als Muslim

bezeichnen, gleichzeitig aber nicht wissen, was es bedeutet*. Deshalb ist die Zahl von rund 50-55 Mio. Muslims in der ehemaligen Sowjetunion mit einer gewissen Vorsicht zu geniessen.

Das hängt damit zusammen, dass bis vor kurzem die Ausübung des Glaubens mehr geduldet als erlaubt war. In den 30-er Jahren wurden rund 80% aller Moscheen Zentralasiens stillgelegt, zerstört oder zweckentfremdet. Noch im November 1986 äusserte sich Gorbacëv während einer Reise durch Zentralasien stark antimuslimisch. Er sprach von der Notwendigkeit eines "kompromisslosen und resoluten Vorgehens gegen religiöse Phänomene" und warf einen Teil der KP-Mitglieder vor, sich an diesen "Ritualen" zu beteiligen.

2. Der offizielle Islam wird in Zentralasien repräsentiert durch das sogenannte "geistliche Direktorium" in Taschkent und - seit dem Frühjahr des letzten Jahres auch in Alma Ata. Die Schaffung dieses geistlichen Direktoriums (1943) war eine typisch sowjetische Lösung, die den Widerspruch zwischen Moskaus Vorstellung eines atheistischen Staates und der Furcht vor religiösen Unruhen zu überbrücken versuchte. Moskau spannte damit das Direktorium vor den Karren, wenn immer es ihm nützlich sein konnte. Noch in den 80-er Jahren liess sich die Geistlichkeit in Taschkent dazu hergeben, die Widerstandskämpfer Afghanistan als "ungläubige Terroristen" zu bezeichnen.

Das hat sich in den letzten Jahren, vor allem seit dem Beginn einer liberaleren Religionspolitik Moskaus, erheblich geändert. Ueber Jahrzehnte begrenzten sich die Aktivitäten des Direktoriums auf das Erstellen von Gesuchen, die eine oder andere Moschee wieder zu eröffnen oder Ausreisemöglichkeiten zu schaffen, um die Durchführung von Pilgerreisen nach Mekka zu ermöglichen. Heute gehen die Bemühungen des Direktoriums entscheidend weiter. Alte

*

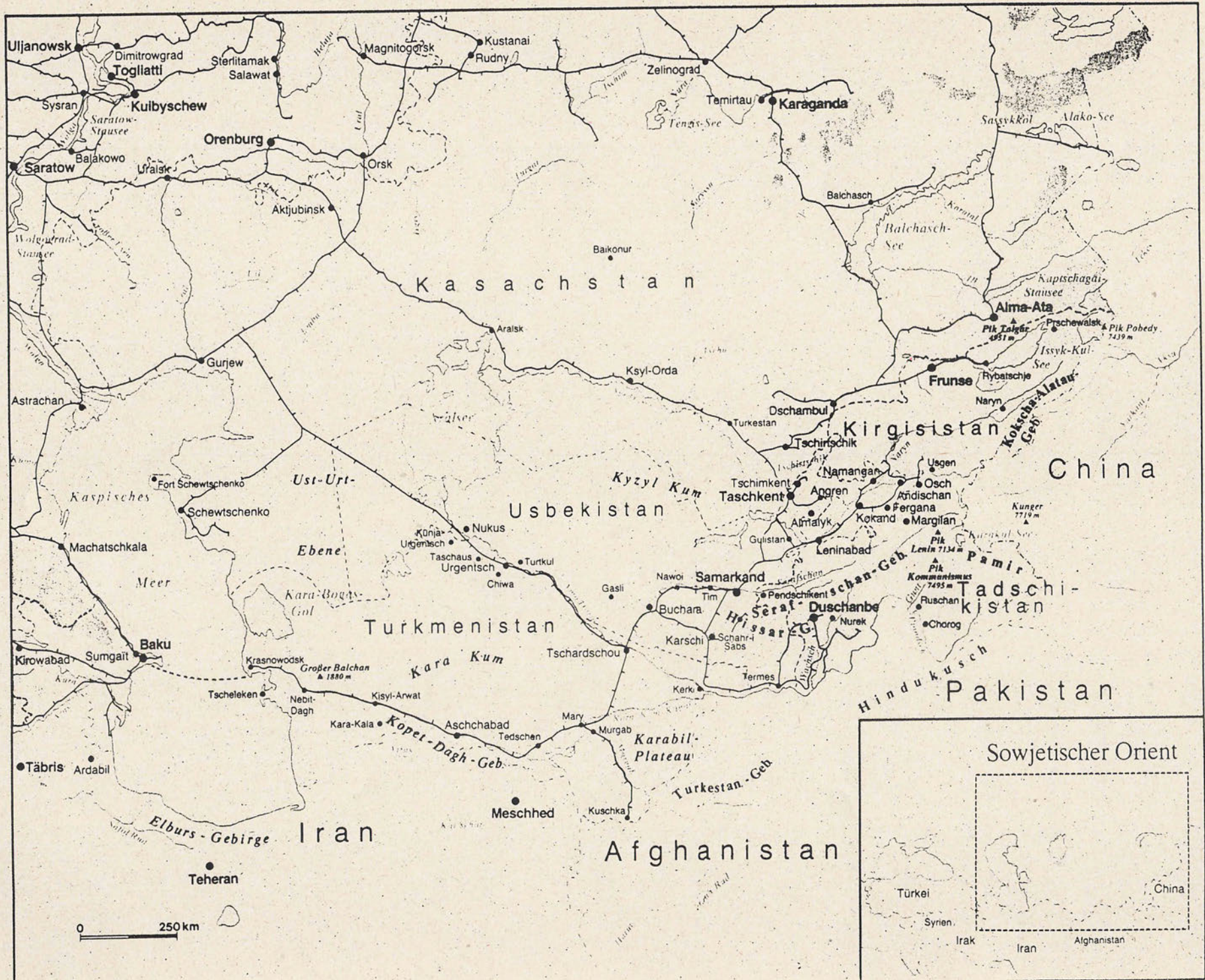
Was ja, wenn auch aus anderen Gründen, mutatis mutandis ebenso für grosse Teile der katholischen oder protestantischen Bevölkerung der Schweiz zutrifft.

oder auffällige Moscheen werden restauriert, zweckentfremdete Gebäude entleert und für den eigentlichen Gebrauch wieder bereitgestellt. In jeder der fünf Republiken wurden Medressen eröffnet, Feiertage wieder eingeführt, Zeitschriften herausgegeben und Flugblätter verteilt. An jedem dritten Tag des letzten Jahres ist in Zentralasien eine neue Moschee eröffnet worden. Allein in Taschkent wurde den Gläubigen 1990 130 neue Moscheen übergeben. Die Akademie der Wissenschaften hatte den Koran ins Usbekische übersetzt, und im lokalen Radio und Fernsehen waren bis vor kurzem 15 Serien Religions- und Glaubensfragen gewidmet.

Der seit März 1989 amtierende Mufti Zentralasiens, M. Mamajusupov, erfreut sich grosser Beliebtheit und wurde deshalb schon im selben Frühling in den Volksdeputiertenkongress gewählt. Im April 1990 trat er in einer vielbeachteten Sendung am All-Unions-Fernsehen auf, um über die Vitalität und Dynamik des Islams zu sprechen. Dabei unterstrich er das soziale Engagement mit dem sich der offizielle Islam an der Perestroika in Zentralasien beteilige. Tatsächlich schätzte auch Moskau die Aktivitäten des Direktoriums als "reformfördernd" ein, vor allem seit sich die Geistlichkeit während der Mai/Juni-Unruhen 1989 im Fergana-Tal eingeschaltet und die an den Unruhen Beteiligten zur sofortigen Waffenruhe und Gesprächen aufgefordert hatte.

Mit der Schaffung von geistlichen Direktorien hatte die Sowjetunion auch verhindern können, dass sich einzelne informelle islamische Gruppen formiert hatten. Ihre Anzahl und die Zahl ihrer Mitglieder blieben immer vernachlässigbar klein. Die grosse Mehrheit der Beobachter beurteilt die Wahrscheinlichkeit einer zentralasiatischen Bewegung als relativ gering. Zu gross sind die Streitigkeiten zwischen Kirgisen und Usbeken, Usbeken und Tadschiken, Kasachen und Turkmenen usw., zu sehr identifiziert sich der Einzelne mit seinem Stamm oder seiner ethnischen Zugehörigkeit und zu stark wünscht sich die Mehrheit der Bewohner Zentralasiens demokratischere und westlichere Lebensformen.

Teilweise steht diese Vermutung im Widerspruch mit Beobachtungen während einzelnen Unruhen. Während den Demonstrationen in Duschanbe wurde von verschiedener Seite die Schaffung eines islamischen Staates gefordert, und von den Frauen verlangt, wieder Schleier und Umhang zu tragen. Es gab auch immer wieder Gerüchte über die Aktivität informeller islamischer Gruppen, die im Untergrund arbeiteten und z.T. bewaffnet seien. "Turkestan" sei so eine Gruppe, deren Ziel die Vereinigung Zentralasiens und die Loslösung von der Union sei. Die Aktivität dieser Bewegungen und ein Erfolg oder Misserfolg ihrer Politik wird schlussendlich vom sozialen Umfeld in der Region abhängen. Vorläufig steht die Mehrheit der zentralasiatischen Muslims hinter der Politik des offiziellen Direktoriums.



Republik		Z i e l
KASACHSTAN	<u>Semipalatinsk-Nevada-Bewegung</u> <u>Das Komitee zur Rettung des Aralsees</u> <u>Akikat</u> <u>Ziddiyet</u> <u>Jeltogsan</u> <u>Sozialdemokratische Partei</u> <u>Azat</u> <u>Organisation für die Autonomie Ostkasachstans</u>	Einstellung aller Testversuche, Umweltschutz Umweltschutz Gruppe junger Historiker, die sich für die wirklichkeitsgetreue Darstellung der jüngeren Geschichte Kasachstans einsetzt Wiederbelebung der kasach. Kultur Aufdeckung der Hintergründe der Alma Ata-Unruhen, Rehabilitierung der Opfer besteht aus russ. und kasach. Intellektuellen, möchte nach eigenen Angaben die Reformen in Kasachstan fördern gehört zu den sog. Guten, der Opp., setzt sich u.a. für Umweltschutz ein, legte im Herbst 90 einen eigenen Entwurf für die Souveränität vor Anschluss eines mehrheitlich von Russen bewohnten Gebietes in Ostkasachstan an die RSFSR
USBEKISTAN	<u>Birlik</u> <u>Erk</u> <u>Usbek Adalet</u>	grösste Oppositionspartei Usbekistans mit dem Ziel, die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit zu erreichen. Engagiert sich stark im Umweltschutz, frei ähnliche Ziele wie Birlik, die aber oft radikaler vertreten werden Usbekische Gerechtigkeit, nationalistisch, antitadschikisch und antirussisch

Republik		Z i e l
TADSCHIKISTAN	<u>Demokratische Partei</u> <u>Rastokez</u> <u>Islamische Wiedergeburtspartei</u> <u>Rubaru</u>	relativ gemässigte Partei mit dem Ziel einer vollständigen Souveränität über die Ressourcen politische u. wirtschaftliche Unabhängigkeit Tadschikistans politisch aktive Bewegung, zur Oeffnung von neuen Moscheen und zur freien Religionsausübung von Angesicht zu Angesicht, immer einflussreichere nationalistische Bewegung
TURKMENISTAN	<u>Agsabirlik</u>	illegale Bewegung mit ähnlichen Zielen wie Birlik in Usbekistan
KIRGISIEN	<u>Demokratische Bewegung</u> <u>Akikat</u> <u>Aschar</u>	Schirmorganisation mit vielfältigen, eher wirtschaftlich und sozial ausgerichteten Zielen eher nationalistische Ziele Richtung Unabhängigkeit

Muslim Peoples in the Soviet Union



Turkic Peoples

	1979 Population (in thousands)
1 Uzbeks	12,456
2 Kazakhs	6,556
3 Tatars	6,317
4 Azerbaijanis	5,477
5 Turkmens	2,028
6 Kirghiz	1,906
7 Bashkirs	1,371
8 Karakalpaks	303
9 Kумыks	228
10 Uighurs	211
11 Karachays	131
12 Balkars	66
13 Nogays	60

Iranian Peoples

	1979 Population (in thousands)
14 Tajiks	2,898
15 Osetins	542
16 Kurds	116
17 Iranians	31
18 Tats	22
19 Baluchis	19

Peoples of the Caucasus

	1979 Population (in thousands)
20 Chechens	756
21 Kabardians	322
22 Ingush	186
23 Adygeys	109
24 Abkhaz	91
25 Cherkess	46
26 Abazins	29
27 Dagestani peoples:	
Avars	483
Lezgins	383
Dargins	287
Laks	100
Tabasarans	75
Rutuls	15
Tsakhurs	14
Aguls	12

* Slavics peoples (primarily Russian and Ukrainian)

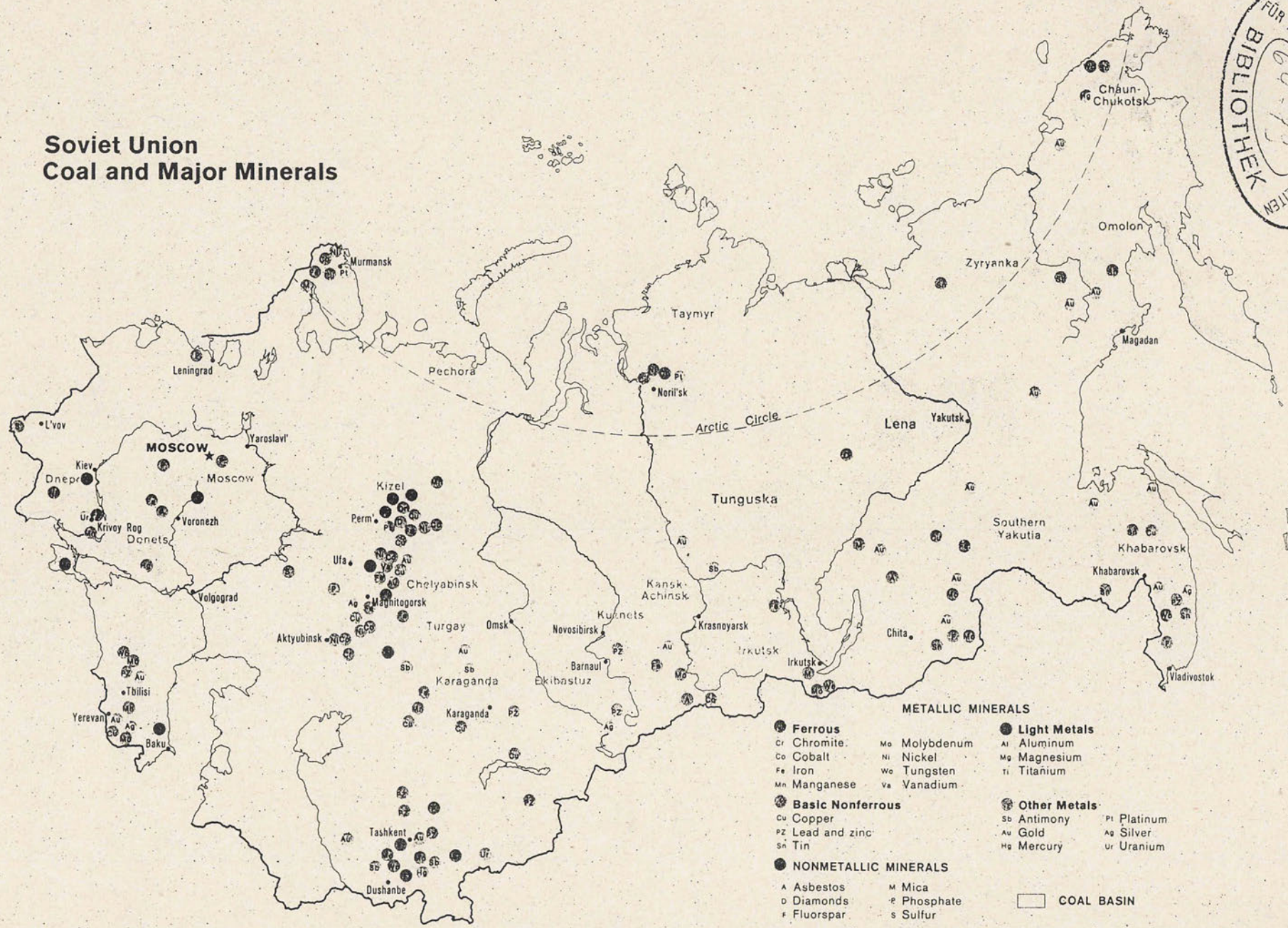
Other non-Muslim peoples

Sparsely populated area

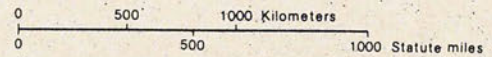
504780 (544879) 4-81



Soviet Union Coal and Major Minerals



- METALLIC MINERALS**
- Ferrous
 - Cr Chromite
 - Co Cobalt
 - Fe Iron
 - Mn Manganese
 - Basic Nonferrous
 - Cu Copper
 - PZ Lead and zinc
 - Sn Tin
 - Nonmetallic Minerals
 - A Asbestos
 - D Diamonds
 - F Fluorspar
 - M Mica
 - P Phosphate
 - S Sulfur
 - Light Metals
 - Al Aluminum
 - Mg Magnesium
 - Ti Titanium
 - Other Metals
 - Sb Antimony
 - Au Gold
 - Hg Mercury
 - Pt Platinum
 - Ag Silver
 - U Uranium
- COAL BASIN



13. Jan. 1992 8 ⁰⁰

POLITISCHES SEKRETARIAT

URGENT

p.B.58.2.Zentralasien-THU/BUG Bern, den 10. Januar 1992
 p.B.58.2.Kasachstan, Turkmenistan,
 Tadschikistan, Kirgisien, Usbekistan

Notiz an Staatssekretär K. JacobiZUR LAGE IN DEN ZENTRALASIATISCHEN REPUBLIKEN

In der Beilage erhalten Sie eine Uebersicht zur Lage in den Republiken Usbekistan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Kasachstan. Sie erhebt nicht den Anspruch, ein komplettes Bild der Probleme der Region aufzuzeigen, sondern kann nur anhand von Beispielen auf einige Aspekte der innenpolitischen Entwicklung eingehen. Für allfällige Fragen oder Ergänzungen stehen wir zur Verfügung.

Bundesamt für Aussenwirtschaft	
No. GUS 810	
EE	
R	13. JAN. 1992
<i>max Rib Gred</i>	
Kopie an	

DER CHEF DES
 POLITISCHEN SEKRETARIATS

[Signature]
 Guy Ducrey